

Resolution, beschlossen von der Mitgliederversammlung DIE LINKE Barnim

am 11.01.2020

Eskalationsspirale im Nahen Osten beenden

- die Bundesregierung muss handeln

Die Tötung des iranischen Generals Qasem Soleimanis und des irakischen Milizenführers Abu Mahdi al-Muhandis auf den Befehl Donalds Trumps hat die Region und die Welt in Aufruhr versetzt. Man muss klarstellen: Dass die getöteten Militärführer mutmaßliche am Tod vieler Menschen beteiligt waren, rechtfertigt keinen solchen Anschlag. Es ist ein Mord, der eine unkalkulierbare Eskalationsspirale in Gang setzen könnte und der Entwicklung in der Region einen Bärendienst erweist. Die Anti-IS-Koalition steht vor dem Scheitern und die Protestbewegungen im Iran und Irak wurden damit im Keim erstickt. Hardliner sind gestärkt.

Es muss alles dafür getan werden, um eine weitere Eskalation zu vermeiden. Dafür braucht es ein mutiges Friedenszeichen der Bundesregierung. Wir fordern die Bundesregierung zu drei konkreten Maßnahmen auf:

1. Die Bundesregierung muss den Beschluss des irakischen Parlaments achten und alle deutschen Truppen, dauerhaft aus dem Irak abziehen. Sollte die Bundesregierung das nicht tun, droht ihr im Irak die Wahrnehmung als Besatzungsmacht. Die heutige Teilverlegung auf Geheiß des Militärbündnisses war ein erster, aber halbherziger Schritt in die richtige Richtung.
2. Deutschland muss der Trump-Regierung die Nutzung der militärischen Infrastruktur in Deutschland verbieten, die zur Steuerung der Drohnen notwendig ist, und
3. gemäß des Koalitionsvertrages, aufs Schärfste die völkerrechtswidrigen Tötungen verurteilen.

Die Bundesregierung ist gefordert, zu einer diplomatischen Lösung des Konfliktes beizutragen. Unter keinen Umständen darf Deutschland sich an einer weiteren Eskalation der kopflosen Trump-Administration beteiligen. Dazu gehört auch, auf eine abgestimmte europäische Position hinzuarbeiten, die jegliche Beteiligung an völkerrechtswidrigen Schritten ausschließt.

Alle Konfliktparteien sind jetzt gefordert, zu einer friedlichen Lösung des Konfliktes beizutragen. Das gescheiterte Atomabkommen gilt es beidseitig wiederherzustellen. Angesichts der aktuellen Situation im Nahen Osten und den im vergangenen Jahr erreichten neuen Höchststand deutscher Rüstungsexporte mit 7,95 Milliarden Euro, geht es nicht nur darum, eine restriktivere Rüstungsexportpolitik einzufordern und zu hoffen, dass dadurch deutsche Waffen nicht fälschlicherweise in Krisenregionen oder Diktaturen zum Einsatz kommen. Nicht weniger Rüstungsexporte sollten das Ziel sein, sondern ein komplettes Verbot. Aus unserer Sicht braucht es einen vollständigen Rüstungsexportstopp, um in jedem Fall den Einsatz von deutschen Waffen zu unterbinden. Darüber hinaus, darf die Forderung des SPD-Vorsitzenden endlich einen vollständigen Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland abzuziehen, keine Worthülsen bleiben. Es müssen Taten folgen.

Druck auf die Bundesregierung ist bitter nötig. Wir rufen auf, sich an Friedensaktionen zu beteiligen, und werden prüfen, selbst welche zu organisieren.